



Hebesatzsatzung der Stadt Oberlungwitz  
vom 30.10.2024

Bekanntmachung: Amtsblatt der Stadt  
Oberlungwitz 12/2024

## **Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer**

Aufgrund des § 25 Grundsteuergesetz (GrStG), des § 16 Gewerbesteuergesetz (GewStG) und des § 7 Absatz 4 Sächsisches Kommunalabgabengesetz (SächsKAG) i. V. m. § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) hat der Stadtrat der Stadt Oberlungwitz in seiner Sitzung am 29.10.2024 folgende Satzung beschlossen:

### **§ 1 Erhebungsgrundsatz**

Die Stadt Oberlungwitz erhebt von dem in ihrem Gebiet liegenden Grundbesitz eine **Grundsteuer** nach den Vorschriften des Grundsteuergesetzes und eine **Gewerbesteuer** nach den Vorschriften des Gewerbesteuergesetzes.

### **§ 2 Hebesätze**

Die Hebesätze werden wie folgt festgesetzt:

1. Für die Grundsteuer
  - a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (**Grundsteuer A**) auf der Steuermessbeträge, 210 v. H.
  - b) für bebaute und unbebaute Grundstücke (**Grundsteuer B**) auf der Steuermessbeträge. 335 v. H.
2. Für die **Gewerbesteuer** auf der Steuermessbeträge. 375 v. H.

### **§ 3 Inkrafttreten**

Die Satzung tritt am 01.01.2025 in Kraft und mit Ablauf des 31.12.2026 außer Kraft.

Oberlungwitz, den 30.10.2024

Hetzel  
Bürgermeister



### **Hinweis nach § 4 Abs. 4 der SächsGemO**

Nach § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der SächsGemO zu Stande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zu Stande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 SächsGemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist
  - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
  - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach den Ziffern 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.